

Vortragsreihe am Österreichischen Lateinamerika-Institut im Rahmen der Initiative „Nosso Jogo“

Vortrag „Die aktuelle politische Lage in Brasilien“ 19. März 2014

Prof. Dr. Ursula Prutsch (LMU München, LAI Wien)

Einleitende Bemerkungen

Nahe dem Maracanã-Stadion von Rio de Janeiro standen bis vor kurzem das Museu do Índio und eine traditionsreiche Schule. Dort wurden Kinder aus der Mittelschicht gemeinsam mit solchen aus armen Familien unterrichtet. Die Schule ist nach Arthur Friedenreich benannt, einem der großen Fußballspieler Brasiliens. Der Sohn eines deutschen Vaters und einer afro-brasilianischen Mutter aus Blumenau in Südbrasilien war der erste farbige Brasilianer, der in die Domäne des damals weißen Fußballs eindringen durfte. Er spielte ab 1914 in der Nationalelf und bändigte sein etwas krauses Haar mit viel Brillantine, wenn er spielte.

Im Zuge der jüngsten radikalen stadtplanerischen Eingriffe für die WM sollte in Rio nicht nur das dem Maracanã nahegelegene denkmalgeschützte Museu do Índio weichen, sondern auch die Friedenreich-Schule. Rios Bürgermeister Eduardo Paes entschied, beide Gebäude zugunsten eines Parkplatzes und eines Einkaufszentrums abtragen zu lassen. Kommerz statt Schule, hieß die Devise. Nach monatelangen zivilgesellschaftlichen Protesten konnte sie nun doch gerettet werden. 2013 hatten sich die Proteste im Rahmen des Confederation Cup auch dagegen gerichtet, dass durch die Privatisierung des Stadions die billigen Stehplätze für die ärmere, das heißt auch dunkelhäutige, Bevölkerung wegfallen würden. Das Maracaña, so meinten Kritiker, würde ein durchgestylter Tempel für die Elite werden und spiegle nicht das wider, was die Regierungen Lula und später Dilma seit 2003 angestrebt hatten, nämlich den Aufstieg vieler Brasilianer aus der Armut und die bessere Umverteilung des Einkommens.

In meinem Vortrag möchte ich Ihnen einen Überblick über die aktuelle Entwicklung geben. Das heißt, ich möchte auf die Entwicklung der letzten 10 Jahre eingehen, mich auf Innen- und Außenpolitik konzentrieren, auf Sozialpolitik, und dabei auf einen Mythos, der für Brasiliens Selbstverständnis charakteristisch ist, die sogenannte "Rassendemokratie". Ein abschließendes Beispiel aus dem Amazonasgebiet, wohin mich vor ein paar Wochen eine Reise führte, soll die wirtschaftspolitische

Vision der Regierungen Lula da Silva und Dilma Rousseff mit ihren Widersprüchen verdeutlichen. Auch sie steht unter einem Motto, das Brasilien seit 1889 prägt: Das ist "Ordnung und Fortschritt".

INNENPOLITIK

Kurz nach seinem Amtsantritt am 1. Jänner 2003 besuchte Luiz Inácio Lula da Silva mit seinem Kabinett eine Favela im Nordosten des Landes. Für einige Minister war es ein Schock, eine gänzlich neue Erfahrung. Kein Präsident vor Lula hatte geahnt, dass eine Familie aus der bittersten Armut befreit werde, wenn sie damals etwa 90-100 Reais (30 Euro) mehr im Monat zur Verfügung habe. Diese Entscheidung fand in den Medien hier wenig Widerhall. Internationale Wirtschaftsmagazine befürchteten, dass Lulas Partei, die PT, die großen Investoren und Firmen in seiner Regierungszeit politisch wenig berücksichtigen würde.

Als die Zeitschrift *Economist* mitten in der Finanzkrise des Jahres 2008 das südamerikanische Land mit dem Spruch "Brazil takes off" auf die Titelseite brachte, überboten sich Medien im Lob über die brasilianische Wirtschaftspolitik. Sie habe sich nicht nur auf die USA, sondern auch auf Märkte Südamerikas, Asiens und der Europäischen Union verlassen. Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts strebt die Bundesrepublik Brasilien zudem einen dominanten Platz im Olymp der Großmächte an.

Deshalb sind gerade die letzten zehn Jahre der Regierungen von Luiz Inácio Lula da Silva (2003-2010) und Dilma Rousseff (seit 1. Jänner 2011) für Brasiliens gegenwärtige Positionierung ausschlaggebend. Die Frage ist, welche Faktoren für diese selbstbewussten Rollen verantwortlich sind, welche Chancen und Risiken sich dabei ergeben. Lula, ein ehemaliger Metallarbeiter und Gewerkschafter, Mitgründer der Arbeiterpartei PT und Gegner der Militärdiktatur, wurde in die Armut des Nordostens hineingeboren. Mit seinem wohlfahrtskapitalistischen Programm holte er etwa 40 Millionen Menschen aus bitterer Armut, durch bescheidene monatliche Geldbeträge von umgerechnet 15 bis 100 Euro. Ihr Bezug wurde an verpflichtende Impfungen und Schulbesuche für Kinder geknüpft. Viele informelle Beschäftigungsformen wurden legalisiert. Die Mindestlöhne wurden in Brasilien erhöht. Momentan steht der Mindestlohn bei 720 Reais (240 Euro).

Gerade die *Nordestinos*, die Bewohner der Bundesstaaten Bahia, Sergipe, Alagoas, Pernambuco, Paraíba, Piauí, Ceará und Rio Grande do Norte, die arme Bevölkerung im ländlichen Raum und in den städtischen Armutsvierteln sind die neuen Kunden multinationaler Konzerne, die mit Mini-Pampers-Packungen (für Familienbesuche) und Waschmittelpäckchen mit Lavendelduft zu ein paar Centavos die kleinen Freuden neuen Konsumierens nachholen. Die sozialpolitischen Reformen kurbelten den Binnenmarkt mit seinen bald 200 Millionen Konsumenten an. Die Bankenaufsicht ist streng, die das Finanzsystem relativ stark reguliert, das Außenhandelssystem flexibel. Die nationale Entwicklungsbank, deren Kreditvolumen weit höher ist als jenes der Weltbank, bot einer Vielzahl von großen und mittleren Unternehmen Kredite. Diese Wirtschaftspolitik wurde von einem Teil der PT, der Arbeiterpartei, als zu unternehmerfreundlich kritisiert. Alles in allem propagierten Lula und Dilma das Modell der sozialen Marktwirtschaft.

Die Umverteilungspolitik der Regierungen Lula und Dilma führte in den letzten Jahren auch durchaus zu regelmäßigen Streiks in jenen Bereichen, die etwa durch frühe Pensionierung oder 13, 14

Monatsgehälter privilegiert waren: das sind Beamte bei Post, Bibliotheken, in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Gerade hier gibt es noch immer sogenannte Fantasmas, das sind Versorgungsposten, deren Inhaber oftmals nicht einmal im Dienst erscheinen. Diese Umverteilungsstrategien trugen ihre Früchte (wobei durchaus nicht alle Fantasmas verschwunden sind). Im Zeitraum von 2003 bis 2009 ging der in Armut lebende Anteil der Bevölkerung tatsächlich zurück: von 39 auf 25 Prozent. Die Einkommensungleichheit konnte stark reduziert werden. Bei der extremen Armut sank der Prozentsatz von 13,9 auf 7 Prozent. Es gab und gibt ein Wachstum zugunsten der Armen. Die brasilianische Gesellschaft ist etwas gerechter geworden. Das wirkte sich auch auf das Konsumverhalten der Favelas aus.

Ich möchte den Blick nun kurz auf die Favelas richten, weil sie neben Copacabana, Samba und Karneval sehr schnell als Bilder und Themen auftauchen, wenn über Brasilien geredet wird.

Favelas, oft pauschal als „Slums“ übersetzt, gehören zum Bild vieler brasilianischer Großstädte. Zweifellos sind Favelas Horte der Parallelwirtschaft, der Tauschgeschäfte, des Drogen- und Waffenhandels. Manche Armensiedlungen bestehen aus Holzhütten mit Wellblechdach, andere aus Beton- und Ziegelbauten. Einige schaffen den Aufstieg zu „normalen“ Stadtvierteln. Ihre Straßen werden asphaltiert, sie erhalten Namen, Briefkästen zieren die Häuser, und die Post wird nicht nur an einer zentralen Stelle deponiert. Die Bewohner zahlen dann Grundsteuern und zapfen den Strom nicht mehr illegal ab. Lange Zeit war die Polizei der einzige Arm der Regierung, der in die Favelas reichte, weshalb seit 2008 „Befriedungspolizisten“ (Unidades de Polícia Pacificadora) eine gewaltfreiere Form der Konfliktregelung versuchen, mit Judokursen für Kinder und mit Gesprächskultur, gerade im Hinblick auf die WM und die Olympischen Sommerspiele. Etwas ist man bemüht, gerade Frauen, die aus Favelas kommen und in den Polizeidienst eintreten, dort einzusetzen, damit sie überhaupt ein Vertrauen zur Bevölkerung schaffen, das bislang nicht gegeben war. Kein Favela-Bewohner, auch nicht die Drogenbosse, wollen Polizei in diesen Wohnviertel haben. Mittlerweile sind solche Befriedungspolizisten in 38 Favelas stationiert. Freilich sind sie ein schlechter Ersatz für fehlende Rechtsstaatlichkeit und fehlendes Einkommen. Die aktuell unverschämte gestiegenen Immobilienpreise lassen die Favelas sicherlich weiter rasch wachsen. Die Polizei ist zum Teil in Drogengeschäfte verwickelt, ebenso sind es private Milizen.

Eine Vielzahl von kulturellen Initiativen der letzten Jahre zeigt, dass Favelas nicht nur Drogen-Parallelwelten sind, sondern dass es die Kellner und Rezeptionistinnen, die Reinigungskräfte und die Taxifahrer sind, die in Favelas wohnen. Eine Vielzahl von Projekten, inner- und außerhalb der Favelas, will den harten Realitäten auch ein Bild kultureller Kreativität und Aufstiegschancen entgegensetzen. Dazu gehören Hip-Hop und Literaten wie MV Bill, mit Luiz Eduardo Soares und Celso Athayde Autor von *Cabeça de Porco* (Schweinekopf, 2005). Die literarischen und musikalischen Zeugnisse, Mode-Labels und Blogs vermitteln, dass Favelas Geschichten und Gedächtnisse haben, die wert sind aufgezeichnet zu werden. Die Favela-Welten sind durchlässiger geworden. Es gibt seit einigen Jahren auch einen Favela-Tourismus. Für den internationalen Blick auf die Favelas sorgten Romane von Paulo Lins und Patricia Melo. Luiz Ruffato, der brasilianische Eröffnungsdredner der Frankfurter Buchmesse, stammt aus einem Armenviertel einer Textilindustriestadt in Minas Gerais, wobei Autoren aus Unterschichten in der brasilianischen Literaturszene noch immer Ausnahmen sind.

Viele Bewohner von Armenvierteln können etwas mehr konsumieren als vorher. Die *rolezinhos*, die symbolische Inbesitznahme einiger Shopping Center von São Paulo und Rio durch junge Leute ärmerer Schichten, hat kürzlich die etablierte Mittel- und Oberschicht sehr verunsichert. Soziologen wenden für die Kategorisierung dieser sehr diffusen "neuen Mittelschicht" die Kategorie C in einer Skala

an, die von A bis E reicht. Allerdings werden diese Kategorien durch den Zugang zu Konsumgütern definiert. Wer einen Kühlschrank, ein Handy, einen Computer hat, gehört zur Kategorie C. Solche Objekte sind durchaus in Favelas zu finden, weil die Regierung Lula sie mit Hilfe leicht zugänglicher Kredite "leistbar" machte. Allerdings ist damit noch immer nicht gesagt, wie viele Personen in einem Raum schlafen müssen und welchen Zugang sie zu Gesundheitsversorgung haben. Brasiliens Privatverschuldung ist zudem dramatisch und eine der höchsten der Welt. Bei den sich stetig verteuern den Preisen für Lebensmittel und Wohnraum gerade in jenen Städten, die Austragungsorte der WM sind, ist nicht zu erwarten, dass mehr Menschen aus Favelas ausziehen.

Die Gesundheitsversorgung am Land hat sich etwas verbessert, durch Postos de Saude, durch Stationen medizinischer Versorgung, durch medizinische Versorgungsschiffe in Amazonien, die den Amazonas, den Tapajós und andere Flüsse entlangfahren, mit oftmals kubanischen Ärzten an Bord. Aktuelle Studien zeigen auch, dass zwar die Analphabetenrate in Brasilien gesunken ist. Sie lag noch Mitte des 20. Jahrhundert bei 40 Prozent. Jetzt spricht man von 10 Prozent, auch in Favelas. Doch haben Jugendliche aus Favelas deutlich schlechtere Chancen, beliebte Jobs wie etwa bei der städtischen Müllabfuhr zu bekommen. In Rio kommen momentan auf einen solchen Job 2.000 Bewerber.

Zu den großen Herausforderungen gehört die Etablierung eines öffentlichen Gesundheits- und Schulsystems mit gut ausgebildeten Lehrern, die endlich die widersprüchliche Kluft zwischen den schlechten öffentlichen Pflichtschulen und den guten öffentlichen Universitäten aufheben, bei deren strengen Aufnahmeprüfungen bislang nur diejenigen eine Chance haben, die auf teuren Privatschulen waren. Im Bildungsbereich hat Brasilien aufgeholt. Es hat sein Bildungsbudget verdoppelt, auf 5,3 Prozent des BIP. Momentan investiert es enorm in Stipendien für Studierende, damit sie an amerikanischen oder europäischen Universitäten Abschlüsse oder Doktorate machen. Es sind auch mehrere Millionen Brasilianer EU-Staatsbürger. Das ist eine Strategie des Technik- und Bildungstransfers, der in Brasilien eine große Tradition hat und das erworbene Wissen zuhause fruchtbar machen soll.

Ich kann gerade die Universitätslandschaft gut beurteilen und möchte hier einmal betonen, dass brasilianische Universitätslehrende durchschnittlich besser verdienen als deutsche und österreichische. Dass brasilianische Universitäten ein interessantes Modell der leistungsbezogenen Beurteilung haben und es für Angestellte an Bundes- und Landesuniversitäten mittlerweile finanziell viel leichter ist, Forschungs- und Kongressreisen finanziert zu bekommen, als in Österreich und Deutschland. Als der Amerikanisten-Kongress in Wien 2012 tagte, waren von über 4.500 Teilnehmern aus aller Welt allein 950 Brasilianer und Brasilianerinnen.

Diese von der Regierung medial hervorgehobene Botschaft an die brasilianische Zivilbevölkerung, sie würde sich mehr kümmern, sie als aktive Staatsbürger wahrnehmen, führte eben auch dazu, dass anlässlich des Confederation Cups spontan gegen die zu erwartenden Ausgaben für die WM reagiert wurde. Zum einen richteten sich die Proteste gegen die massiven Ausgaben von öffentlichen Geldern für die Spiele statt für Bildung und Gesundheit, zum anderen und hier ist Brasilien besonders sensibel, gegen die Bevormundung durch einen sehr mächtigen Schweizer Verein, die FIFA. Diese spontanen, nicht vorhersehbaren, Demonstrationen wurden überwiegend positiv gesehen, auch von Dilma Rousseff selbst. Allerdings hat sich seit Juni eine zivilgesellschaftliche Ernüchterung breit gemacht, wenn man sieht, wie radikal bei der Vorbereitung für die WM vorgegangen wird.

Bis Mitte Juni werden etwa nach neuesten Schätzungen mindestens 170.000 (manche sagen 230.000 Menschen) im Namen des Fußballs von ihrem Wohnraum vertrieben sein, zum Teil durch

Spezialtruppen, den tropas de choque. Die Kompensationen sind gering und reichen oft nicht für einen Neustart aus. Das betrifft die Armensiedlungen, die durch Inbesitznahme und Nutzung entstanden sind, nicht durch juristisch abgesicherte Landtitel.

Seit der Zeit der Militärdiktatur kam es in Rio nicht mehr zu so vielen Vertreibungen und Angriffen gegen die Favela-Struktur. Die Aufrüstung des Polizei- und Militärpolizeiapparates ist enorm. Und kritische Brasilianer und Brasilianerinnen befürchten, dass im Falle des massiven Vorgehens dieser Polizeieinheiten bei den zu erwartenden Demonstrationen für viele die Erinnerung an die Militärdiktatur wach werden wird. Darüber wird gerade in den brasilianischen Medien heftig berichtet. Es gibt ja auch Strategien, die schlecht bezahlte und keineswegs sensible Militärpolizei psychologisch zu schulen.

DAS ENDE DES MYTHOS DER RASSEDEMOKRATIE - ENDE DES RASSISMUS?

Brasilien schaffte als letztes Land der westlichen Hemisphäre 1888 die Sklaverei ab. Im Laufe von 350 Jahren Sklaverei waren mindestens 3,6 Millionen Sklaven nach Brasilien verschleppt worden. (Zum Vergleich: In die USA waren es 370 000). Rio war der größte Sklavenmarkt der Amerikas. Dieses zynische Erbe ist bis heute präsent. Erst vor ein paar Wochen wurde im Zuge des Umbaus der Hafenanlagen von Rio für die WM eine Grabstätte von verschleppten Afrikanerinnen und Afrikanern entdeckt.

Die Anti-Sklaverei-Bewegung war in Brasilien sehr spät, erst in den 1860er Jahren entstanden. Die katholische Kirche hatte die Sklaverei kaum hinterfragt, und wenn, dann Rechtfertigungen dafür gefunden. Es gab keinerlei institutionelle Hilfe für die Integration der schwarzen Bevölkerung in die Gesellschaft. Die weißen Eliten schickten sich damals an, zu einer von Europa unabhängigen Nation zu werden, die auf Eigenständigkeit pochte. Beeinflusst von Gobineau, Spencer und den Anhängern Charles Darwins glaubten heimische Eliten, dass die indianische und afro-brasilianische Bevölkerung an der Rückschrittlichkeit Brasiliens schuld sei. An welche Lösungsmöglichkeiten dachte man? An Einwanderung aus Europa, vor allem aus Spanien, Italien, Deutschland, aber auch aus der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Der Rassentheoretiker João Baptista Lacerda errechnete im Jahr 1911, dass Brasiliens Bevölkerung in hundert Jahren, also 2011 hellhäutig sein würde, wenn man möglichst viele europäische Einwanderer ins Land hole, weil die weiße „Rasse“ doch der dunkelhäutigen so weit überlegen sei. Da - im Gegensatz zu den USA - Vermischung von unterschiedlichen Ethnien in Brasilien die Regel war und es nie eine gesetzlich geregelte Apartheid gab - ist Hautfarbe viel stärker mit der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der sozialen Situation verbunden als in den USA. Brasiliens Farbenlinien sind diffuser. Es gibt mehr als 130 Ausdrücke für Hautfarben, von schmutzig-weiss, über lichtbraun bis zu ebenhölzern. Wer sozial aufsteigt, kann weiß werden. Er sei ein Mulatte gewesen, steht in einer Quelle über einen wohlhabenden Afro-Brasilianer zu lesen, doch jetzt sei er es nicht mehr.

Es gab eine leichte Veränderung in dieser Rassismus-Frage in den 1930er und 1940er Jahren, unter Getúlio Vargas, der Brasilien wie kein anderer geprägt hat. Getúlio Vargas spielt in der Geschichte Brasiliens und seinem Selbstverständnis, wie es sich heute darstellt, eine ähnliche Rolle wie Juan und Eva Perón in Argentinien. Dieser Getúlio Vargas macht, auf demokratischem Weg und auf dem Wege über eine Diktatur Brasilien zu einer starken Nation. Sein Ziel war es, diesen sehr vielschichtigen, heterogenen Föderalstaat zu vereinheitlichen, ökonomisch, politisch, kulturell. Eine wichtige

Konsequenz dieser Politik war die sogenannte "Rassendemokratie", eine Ideologie, die Brasilien bis ins 21. Jahrhundert prägt.

Der junge Soziologe Gilberto Freyre, Sohn einer Zuckerdynastie aus Recife, der in den USA studiert hatte, hatte mit *Casa-grande & Senzala* (*Herrenhaus und Sklavenhütte*, 1933) ein Werk verfasst, das Kultstatus erhielt. Freyre hatte darin die Sklaverei beschrieben, beschönigend, vor allem die Rolle der Hausklaven und der Ammen. Doch er hat erstmals die afro-brasilianischen Kulturen, wie Candomblé, Umbanda als eigenständig und kulturell wertvoll gewürdigt. Lange waren diese Kulturen als Hexerei verpönt und auch strafrechtlich verfolgt.

Vargas hat in seinem Bestreben nach einer brasilianischen Nationalkultur, der *brasildade*, hat nun afro-brasilianische Kulturformen, wie Samba, die afrikanische Ausprägung des Karnevals (Salvador, Rio) und Capoeira, (etwas weniger den Candomblé) als touristische Aushängeschilder entwickeln lassen, mit genauen Regelungen und einem didaktischen Hintergrund: Radios haben Sambas zu spielen, auch in Südbrasilien (das von europäischer Einwanderung geprägt ist und keine Samba-Tradition hat). Der Karneval musste Themen der brasilianischen Geschichte enthalten. Das ist bis heute so. Auf einer Metaebene bedeuten diese kulturpolitischen Regelungen, dass das Regime von Vargas Brasilien zum idealen Experimentierfeld für ethnische Vermischungen erhoben hat, zum tropischen melting pot.

Die europäischen, afrikanischen und indianischen Einflüsse hätten auf brasilianischem Boden eine konfliktfreie, eine wahre „Rassendemokratie“ geschaffen, meinte der Regime-Intellektuelle Gilberto Freyre. Dieser Mythos passte in die Vorstellung einer homogenen Nation und entthob die Eliten des Vorwurfs, rassistisch zu sein. Die Aufstiegschancen für Afro-Brasilianer wurden nicht besser, ihr Aufstieg war dann im Rahmen von Unterhaltung und Sport möglich. Vargas war kein Fussball-Fan, aber er wusste von der Bedeutung des Fußballs und der Rolle von schwarzen Brasilianern darin: 1938 hat er deshalb die Seleção vor der WM in Frankreich im Präsidentenpalast empfangen und besonders mit dem schwarzen Brasilianer Leonidas da Silva geredet, was durch die Presse ging.

Stefan Zweig, der Anfang der 1940er Jahre als Flüchtling in Brasilien lebte, hat genau diesen Mythos der Rassendemokratie in seinem Buch *Brasilien. Ein Land der Zukunft* (1941) unreflektiert übernommen, denn er schreibt unter anderem, dass in keinem Land die Sklaverei verhältnismäßig humaner gewesen sei als in Brasilien. Zweig konnte nicht schreiben, was er wollte. Es gab ja Diktatur, aber diese Bemerkung und auch andere haben ihm durchaus bei regimekritischen Brasilianern Kritik eingebracht.

Während des Zweiten Weltkriegs, vor dem Hintergrund von Nazi-Diktatur und des Holocaust, wurde dieses Modell der "Rassendemokratie" berühmt, sodass Mitarbeiter der UNESCO in den fünfziger Jahren nach Brasilien fuhren um zu erforschen, wie die Brasilianer denn so konfliktfrei miteinander lebten. Es gab auch im Fußball Aushängeschilder wie Garrincha und Pelé. Bald wurden sich die ausländischen Wissenschaftler des Alltagsrassismus bewusst. Noch heute wird gerne die Aussage des brasilianischen Soziologen Florestan Fernandes verwendet der sagte, die Brasilianer haben das Vorurteil, kein Vorurteil zu haben. Die Politik hinsichtlich mehr ethnischer Toleranz veränderte sich bis ins 21. Jahrhundert wenig.

Diese Rassendemokratie wurde erst im letzten Jahrzehnt durch die Regierungen von Lula da Silva und Dilma Rousseff durchbrochen, durch eine Reihe von Maßnahmen: Dass Hochkultur und Populärkultur gleich viel wert sind, erklärte Lulas Kulturminister Gilberto Gil in seiner programmatischen Antrittsrede. Gil ist ein bekannter afro-brasilianischer Musiker, der in der Militärdiktatur wie viele andere ins Exil fliehen musste. Er hat das Budget für Kulturförderung erhöht, für

Film, für gesellschaftskritische Projekte, in den Favelas. 2003 wurde mit der Faculdade Zumbi dos Palmares – nach dem bedeutendsten schwarzen Freiheitskämpfer des 17. Jahrhunderts benannt – eine erste universitäre Kaderschmiede für Afro-Brasilianer geschaffen. Und afro-brasilianische Kultur und Geschichte muss verbindlich an Schulen gelehrt werden. Über 50 Universitäten Brasiliens haben Quotenregelungen eingeführt, um mehr Afro-Brasilianern mit Hilfe von Stipendien Zugang zu diesen noch immer sehr "weißen" Institutionen zu verschaffen. Manche Institutionen überlassen die schwierige Hautfarbenbestimmung Kommissionen, andere der Selbsteinschätzung der Kandidaten.

Gerade aufgrund der international kritischen Berichterstattung im Rahmen der bevorstehenden Fußball-WM hat Dilma Rousseff letzte Woche eine Konferenz zur Bekämpfung des Rassismus im Rahmen des Fußballsports einberufen und will die WM 2014 in diesen Rahmen stellen.

AUSSENPOLITIK

Die stete Suche nach einer brasilianischen Identität war auch vom Bedürfnis nach einer außenpolitischen Bedeutung begleitet die der territorialen Ausdehnung entsprach. Brasilien ist fast so groß wie Europa wenn man den europäischen Teil Russlands miteinrechnet. Es hat in etwa diese Größe seit mehr als 200 Jahren. Als das spanische Kolonialreich in Republiken zerfiel, blieb Brasilien intakt, blieb eine Monarchie, wurde ein Kaiserreich und sah sich stets in einer Art von Sonderposition, einer "Insel am Kontinent", zum einen vom Atlantik begrenzt, (mit 8.000 km Küste), zum anderen von spanischsprachigen Kulturen, die man im 19. Jahrhundert als republikanisch, anarchistisch abtat.

Es gibt einen markanten Ausspruch aus dem Jahr 1900, der diese Bedeutung eigener Größe sehr deutlich macht: "Noch sind wir in der Morgendämmerung", schrieb Afonso Celso euphemistisch. "Wir werden die 2. oder die 1. der Welt sein, wenn sich die Hegemonie von Europa nach Amerika verlagert [...]". Dieser Anspruch wurde philosophisch gestützt, durch ein Motto, das Sie alle kennen: "Ordnung und Fortschritt". Dieses Motto *ordem e progresso* prangt seit 1889 auf der brasilianischen Flagge. Kein Staat Lateinamerikas hat das positivistische Credo Auguste Comtes so sehr umgesetzt wie Brasilien. Der Positivismus hat in Brasilien den Status einer säkularen Religionsgemeinschaft mit hellen klassizistischen Tempeln in Rio de Janeiro und Porto Alegre. Brasilien verstand sich früh als Juniorpartner der USA. Es ergriff z.B. gerade im frühen 20. Jahrhundert, zur Zeit der Dollar Diplomacy bei US-Interventionen in Mexiko und Zentralamerika für die USA Partei.

Im Zweiten Weltkrieg wurde aus dieser Partnerschaft mit den USA eine Kriegsbrüderschaft. Brasilien schickte Truppen nach Italien. Und Brasilien fühlte sich kulturell wegen seiner "Rassendemokratie" den USA überlegen. 1945 wurde es ein Gründungsmitglied der Uno und darf seither die jährliche Generaldebatte eröffnen. Erst an zweiter Stelle stehen die USA. Im September letzten Jahres eröffnete Dilma Rousseff die Versammlung mit einer kritischen Rede über die Abhörskandale der National Security Agency (NSA) und sie plädierte auch für die stärkere Position der Schwellenländer in den Strukturen der Global Governance. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen strebt Brasilien seit einiger Zeit einen ständigen Sitz an und betont regelmäßig die Leitlinien seiner Außenpolitik: das sind Multilateralismus, Völkerrecht, die friedliche Lösung von Konflikten und das Bemühen um eine gerechtere Weltordnung. Diese Rollen spiegeln das wider, worin sich Brasilien eben sieht: erstens in seiner territorialen Größe, zweitens in seiner Rolle als aufstrebende, Entwicklungsmacht und drittens als Lieblingsnation, wie das Claudia Zilla prägnant ausdrückt.

1) Das Bedürfnis nach Größe äußert sich auch am Bau atombetriebener U-Boote, damit Brasilien seine erst jüngst entdeckten Erdöllagerstätten Pré-Sal im Südatlantik, aber auch den ressourcenreichen Amazonas-Raum schützen kann. Brasilien träumt zum einen davon, energiepolitisch 2015 autark zu sein und beutet die Vorkommen so intensiv wie möglich aus. Zum anderen bedient es sich alter Ängste, wie etwa jener, dass andere Mächte und multinationale Unternehmen in den Amazonasraum eindringen würden. Deshalb gilt es ihn auch militärisch zu schützen. Empfindlich reagiert Brasilien deshalb auf die Äußerungen, der Amazonasraum gehöre als größter Naturraum der Erde auch der ganzen Welt, die deshalb über Strategien seines Schutzes mitreden dürfe. Brasilien ist der Auffassung, dass alle, die glauben, die Ressourcenpolitik am Amazonas kritisieren zu können, Kompensationszahlungen leisten sollten. Das tut übrigens Norwegen. Allein schon aufgrund seiner territorialen Größe und seiner Ressourcen fordert Brasilien politische Mitsprache und aktive Gestaltungsmöglichkeit in regionalen und globalen Kontexten ein. Das Amazonasgebiet zu integrieren, um es nicht auszuliefern, war eine Politik der Militärdiktatur gewesen. Dies wird, mit anderen politischen Mitteln, jetzt radikal umgesetzt.

2) Aufgrund des entwicklungspolitischen Zugs der Außenpolitik gerade unter der Militärdiktatur bis hin zu Lula da Silva, will Brasilien z.B. nicht der OECD beitreten, versteht sich als Teil des globalen Südens und stellt Wirtschaftspolitik vor Umweltpolitik. Brasilien ist kein Entwicklungsland, sondern eine Entwicklungsmacht. Die Kriterien seiner Entwicklung definiert es selbst. Unter Dilma Rousseff verließ Brasilien diese Süd-Süd-Strategie etwas.

3) Zu Brasilien als "Lieblingsnation". Wir lesen seit einigen Wochen täglich über die Russlandpolitik auf der Krim. Brasilien wird in wirtschaftspolitischen Nachrichten gerne im Kontext der sogenannten BRIC- oder BRICS-Staaten genannt. Dieses Konzept ist eine Erfindung eines Analysten von Goldman Sachs, der ein paar Schwellenländer miteinander verglichen hat. Brasilien ist in seiner multipolaren, pragmatischen Außenpolitik auf diese BRICS-Schiene zwar selbst aufgesprungen und trifft sich mit den Vertretern dieser Staaten. Doch kulturell, gesellschaftspolitisch und außenpolitisch sagt das sehr wenig. Wenn diese Staaten etwa gemeinsam haben, dann ist es der Status. Wenn man Brasilien mit Russland, Indien, China, Südafrika vergleicht, dann muss man Brasilien einiges zugutehalten.

Brasilien hat keine Atombombe, keine religiösen Konflikte oder separatistische Gruppen. Es hat keine Kastengesellschaft wie Indien. In Brasilien werden keine neugeborenen Mädchen umgebracht, weil sie weniger wert sind. Freilich gibt es in Brasilien in Fragen von Demokratie und politischer Transparenz beträchtliche regionale Unterschiede. Manche Bundesstaaten im Amazonasgebiet und im trockenen Nordosten werden noch nach Clan-Strukturen regiert. Es werden immer noch jedes Jahr Aktivisten (meist engagierte Kleinbauern) im Kampf um Landnahme ermordet. Trotzdem präsentiert sich die brasilianische Demokratie stabiler als jene von China, Indien und Russland, wo Oppositionelle monate- oder jahrelang in Gefängnissen landen. Brasilien spricht im Rahmen von BRIC/BRICS deshalb von einem Zusammenschluss der "Gleichgewichtigen", nicht der "Gleichgesinnten." Brasilien präsentiert sich nicht als regionaler "Störenfried" oder imperialistische Macht, die ein bestimmtes Modell von Demokratie auf andere Gesellschaften implementieren will, sondern als "Lieblingsnation".

Tatsächlich steht Brasilien mit keinem anderen Land der Welt in einem ernsthaften Konflikt. Deshalb gilt die Maxime der strengen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder. Mit

seinem hochprofessionellen Außenministerium Itamaraty (wie das österreich. Außenministerium eines der Ältesten der Welt) agiert es außenpolitisch pragmatisch. Die Bündnispolitik Brasiliens ist vielschichtig, aber deshalb auch gelegentlich widersprüchlich, weil Brasilien einerseits Partner der Entwicklungs- bzw. Schwellenländer sein und gegen die Großmächte agieren wollte, andererseits jedoch zu den letzteren gehören will. Lula kritisierte gerne die Regeln des internationalen Finanzsystems, den oligarchischen Charakter von internationalen Institutionen. Ähnlich macht es Dilma. Man kritisiert Institutionen wie den UN-Sicherheitsrat, will aber dazugehören und innerhalb eines Systems reformieren. Brasilien spielt auch gerne Mittlerfunktionen in Dialogen zwischen Nord-Süd und Süd. Für Dilma ist Außenpolitik oft auch wirtschaftspolitisch dominiert. In Kuba ist Brasilien ein großer Investor, aber 2012 wollte Dilma allerdings in Kuba nicht mit Dissidenten reden.

In Lateinamerika agiert Brasilien im Rahmen der UNASUR, der Union Südamerikanischer Staaten, einem lateinamerikanischen Staatenbündnis, das ein Gegengewicht zur USA schaffen und konfliktlösend wirken soll. (etwa im Konflikt Kolumbien-Venezuela). Brasilien versucht damit, den Einfluss der USA auf die Region niedriger zu halten. Es hat eine UNO-Truppe in Haiti. Seit ein paar Jahren spielt auch das von Hugo Chavez initiierte Bündnis der lateinamerikanischen und karibischen Staaten CELAC eine wichtige Rolle: ein Zusammenschluss zwischen Lateinamerika und der Karibik. Die Beziehungen mit den USA sind solide, aber selbstbewusst. In Kuba investieren die Brasilianer gemeinsam mit Mexiko bei dem Ausbau der Hafenanlagen von Mariel. Seit 2013 arbeiten kubanische Ärzte auch in vielen Regionen Brasiliens, in die kein brasilianischer Arzt möchte. Mit Chile vereinbarte Brasilien gerade, an der De-Eskalation der politischen Krise in Venezuela mitzuarbeiten.

Von kleinen schwächeren Nachbarstaaten wie Paraguay und Bolivien kommt durchaus auch die Kritik an der Dominanz Brasiliens gerade in seiner Agrar- und Energiepolitik. Brasilien ist auch wenig bereit, Kompensationen an schwächere Partner (Mercosur) zu zahlen und wird in diesem Rahmen gelegentlich als imperialistisch wahrgenommen.

KRITISCHE BEMERKUNGEN ZU STRATEGIEN DER AKTUELLEN POLITIK:

Die folgenden Bemerkungen richten sich weniger gegen die aktuelle Außenpolitik, die ich - wie Sie gesehen haben - für pragmatisch und souverän halte, sondern gegen viele negative Effekte der aktuellen Wirtschaftspolitik. Ich möchte das anhand eigener Erfahrungen darstellen, die ich vor vier Wochen im Amazonasgebiet gesammelt habe. Der Amazonas ist für viele von uns, auch für viele Brasilianer ein mythenbeladenes Territorium. Man denkt an Natur, Naturschutz, Indios. Der brasilianische Amazonasraum umfasst 5 Millionen Quadratkilometer. Darauf leben 30 Millionen Menschen, keineswegs nur Indios. Während eine Reihe von Gebieten geschützte Reservate sind (wo Indios und ehemalige Kautschukzapfer von nachhaltiger Landnutzung leben), so sind viele Brasilianer Amazoniens Kleinbauern und Fischer bzw. migrieren in die rasch wachsenden Städte, die von internationalen Betrieben profitieren.

Der nördliche Teil des Bundesstaates Pará gilt nun für viele Akteure als "letzte Frontier", wo es noch genug Land gibt, um Fortschrittsträume zu realisieren. Das sind Soja- und Maisbauern aus dem Süden, aus Mato Grosso, die hier in der Nähe der neuen Verladestellen nach Anbauflächen suchen. Das sind Energiekonzerne, die in der Nähe von Belo Monte Wasserkraftwerke errichten, das sind große und mittlere Viehzuchtbetriebe aus Zentral- und Südbrasilien, die hierher kommen.

Sie alle werden von der Bundesregierung unterstützt. Die Regierungen Lula und Dilma führen dort oben mit demselben Fortschrittsimpetus Projekte weiter, die in der Militärdiktatur der 1960er Jahre bis 1980er Jahre begonnen worden waren, im Sinne einer klassischen Moderne. Das ist die Eingliederung des Amazonasraumes in die Moderne - um jeden Preis. Dazu gehört der Ausbau und die Asphaltierung der Transamazonica-Strasse, der Ausbau der BR-163, auf der momentan pro Tag 400 Laster mit Soja und Mais in Richtung Atlantik fahren. Dazu kommt eine Reihe von geplanten und z.T. realisierten Soja-Verladehäfen am Tapajos, einem Seitenarm des Amazonas. Die Regierung Dilma plant, schon im nächsten Jahr die USA als weltgrößtem Soja-Produzenten zu übertrumpfen. Das Soja ist z.T. gentechnisch verändert. In Mato Grosso, dem Hauptanbauggebiet des Soja, werden große Teile der Feuchtsavanne des Cerrado nachhaltig zerstört. Die Bodenpreise sind gestiegen, weshalb sich Bauern auch in Pará niederlassen. Gleichzeitig hat der Klimawandel, der sich einerseits in großer Dürre, andererseits in Überschwemmungen ausdrückt, die Sojaernte heuer etwas niedriger werden lassen. Abgesehen von Cash Crops wird stark in den Abbau von Bauxit und Eisenerz investiert.

Im Amazonasgebiet wird weit weniger Soja angebaut. Dort wird zwar mit Satellitenbildern (und da ist Brasilien technologisch auf dem neuesten Stand), genau kontrolliert, wer illegal rodet. Es gibt ein Sojamoratorium, das festlegt, dass Soja und Mais nur auf Ländereien angebaut werden dürfen, die zuvor schon gerodet waren, aber Verstöße gegen diese Regelungen werden oft nicht geahndet, weil Großgrundbesitzer, Sojabauern, Viehzüchter und Holzhändler oft Abgeordnete im lokalen Parlament sind. Zudem bedeutet eine Beschränkung von Anbauflächen durch das existente Waldschutzgesetz vor allem intensive Landwirtschaft mit einer Menge von Agrarchemikalien.

In dieser Region gibt es heftige und unterschiedliche Debatten darum, was "gutes Leben", was "Ordnung und Fortschritt" bedeutet. Landarbeitergewerkschaften, Indios, Befreiungstheologen, die kritische Kirche haben andere Sichtweisen als die Staatsregierung und manche amerikanische Umweltschutzorganisationen, die mit den multinationalen zusammenarbeiten. Über allem steht die Frage nach den ökonomischen und sozialen Perspektiven, nach Arbeitsplätzen für junge Brasilianer und Brasilianerinnen, nach dem Zugang zu Bildung und Gesundheitsvorsorge. Dilma Rousseff regiert mit einer Parteien-Koalition im Parlament. (32 Parteien gibt es in Brasilien, 23 sind im Parlament vertreten, 9 Teil der Koalitionen). Sie muss Zugeständnisse machen. Trotzdem ist das Problem der aktuellen Wirtschaftspolitik, dass sie sehr stark auf Cash Crops zählt, die ja Preisschwankungen unterworfen sind. Sie nimmt wenig auf lokales Wissen Bezug und setzt auf klassische Energiegewinnungsformen. Dazu kommt, dass der Ausbau von Infrastruktur seit den neunziger Jahren auch stark privaten Initiativen überlassen wurde. Diese agieren nicht unbedingt im Sinne einer politisch sensiblen Öffentlichkeit.

Um von Amazonien wieder in den Süden, Richtung Brasília zu blicken: So hat sich die Bundesregierung bei der Vorbereitung zur WM sehr verschätzt, als es um das Interesse privater Betreiber für den Bau und Umbau von Stadien und Infrastrukturen ging. Das bedeutete, dass die öffentlichen Kosten für die WM, die teuerste bislang, enorm sind und sich alle Austragungsorte über Jahre tief verschulden werden. Nicht einmal 9 Prozent der Investitionen sollen von privaten Investoren stammen. Manche Quellen sprechen von nur 6,7 Prozent. Die mit der WM verbundenen Kosten werden auf über 30 Mrd Reais geschätzt (etwa 10 Mrd. Euro).

Auch der Abriss störender Gebäude im Zuge dieser WM und das ruppige Vorgehen gegen KritikerInnen des Megaevents sind wiederkehrende Themen. Gleich nach dem Karneval begann vor zwei Wochen der Wahlkampf. Der erste Wahlgang findet am 5. Oktober statt. In den Medien zirkulieren noch immer Gerichtsurteile im Mensalão-Skandal: PT-Abgeordnete erhielten 2005 monatliche

Bestechungsgelder für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten und schufen damit Lula in den ersten Jahren seiner Regierung notwendige Mehrheiten. 12 Abgeordnete, darunter prominente Politiker wurden im November letzten Jahres zu Gefängnisstrafen verurteilt und traten diese meist auch an. Das ist der erste Korruptionsprozess in Brasilien. Nun versucht die Opposition dieses Thema heftig aufzugreifen, weil Dilma Rousseff Korruptionsbekämpfung zu einer ihrer Agenden gemacht und auch diverse Politiker bereits deshalb entlassen hat. Dilma Rousseffs Wiederwahl ist anzunehmen, aber der Mythos des "Brazil takes off" ist etwas angekratzt. Vermutlich wird es einen zweiten Wahlgang brauchen.

CONCLUSIO

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Jahre der Regierung Lula und Dilma Brasilien unübersehbare Fortschritte gebracht haben. Es sind durch die Sozialprogramme, Investitionen in Infrastruktur und Umverteilung - und das kann auch in den Wirtschafts- und Finanzskandalen, in denen wir hier stecken, nicht genug betont werden - mindestens 30 Millionen Brasilianer aus bitterster Armut aufgestiegen und können mehr konsumieren, wenn auch durch großzügige Kredite und durch gestützte Strompreise. Die Politik der letzten 10 Jahre kann man als klassische Sozialdemokratie verstehen, die auf Kapitalismus und Privateigentum setzt, gleichzeitig aber bisher ausgegrenzte Gruppen als aktive Bürger in die vielfältigen Entwicklungen einbeziehen will. Das letzte Jahrzehnt ist von Aufbrüchen und Grenzüberschreitungen gekennzeichnet: die Militärdiktatur wird weniger verharmlost, die Rassendemokratie wird langsam enttarnt, die Favela-Welten werden hoffentlich durchlässiger. Das Ziel, eine global bedeutende Industriemacht zu werden, ist greifbarer, wenn es auch bei der aktuellen Wirtschaftspolitik sehr auf Kosten der Naturressourcen geht.

Kulturell ist Brasilien international nicht mehr zu überhören und hat auch in Frankfurt gezeigt, dass es eine vielfältige Literatur-, wie übrigens auch Filmszene hat. Viele der Übersetzungen aus dem brasilianischen Portugiesisch ins Deutsche wurden, im Gegensatz zu früher, von Brasilien selbst finanziert. Brasilien ist im Vergleich zu Russland, Indien und China eine recht stabile Demokratie, die es zum Beispiel dreißig Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur einer geschiedenen Frau und ehemaligen Guerillera ermöglicht hat, höchste Amt im Staat zu bekleiden.